



Bericht zum IT-Planungsrat

210. Sitzung der Innenministerkonferenz (IMK)
vom 12. bis 14. Juni 2019 in Kiel

Inhalt

1	Innovative Vorhaben und Schwerpunkte des IT-Planungsrats	3
1.1.	Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).....	3
1.1.1	Digitalisierungsprogramm	4
1.2.	Förderales Informationsmanagement (FIM)	4
1.2.1.	XÖV-Standards „XProzess“ und „XDatenfelder“	4
1.3.	Unternehmenskonto.....	5
1.4.	Registermodernisierung	5
1.5.	Informationssicherheit	6
2	Weitere Projekte und Maßnahmen des IT-Planungsrats.....	6
2.1	Bildungs- und Weiterbildungsplattform E-Government	6
2.2	Blockchain	7
3	Öffentlichkeitsarbeit des IT-Planungsrats	8
3.1	Fachkongress 2019	8
3.2	Überblick Veranstaltungen 2019	8

Der IT-Planungsrat hat seit seinem Zwischenbericht in der 209. Sitzung der IMK einmal in seiner Frühjahrssitzung am 12.03.2019 unter dem Vorsitz der Freien Hansestadt Bremen, Finanz-Staatsrat Henning Lühr, getagt.

Die prägenden Themen waren die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), die Einrichtung eines einheitlichen Unternehmenskontos und die Registermodernisierung.

1 Innovative Vorhaben und Schwerpunkte des IT-Planungsrats

1.1. Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)

Das am 18.08.2018 in Kraft getretene Onlinezugangsgesetz (OZG) gibt vor, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 digitalisieren und in technisch miteinander verknüpften Verwaltungsportalen (Portalverbund) bereitstellen.

Entsprechend den Vereinbarungen im IT-Planungsrat werden alle Leistungen arbeitsteilig in 14 Themenfeldern von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam geplant. Jedes Themenfeld wird dabei von jeweils einem fachlich zuständigen Bundesressort und mindestens einem Bundesland federführend bearbeitet.

In einem ersten Schritt werden bis Sommer 2019 alle Leistungen in den Themenfeldern analysiert und ein Umsetzungsplan je Themenfeld erstellt. Dieser detailliert das Digitalisierungsvorgehen für jede dem Themenfeld zugeordnete Leistung.

Parallel beginnt bereits der Digitalisierungsprozess für im Themenfeld priorisierte Leistungen. Für jedes Themenfeld wurden dafür zwei „Digitalisierungslabore“ eingerichtet, in denen die priorisierten Leistungen bearbeitet werden.

Die übergreifende Steuerung und Koordinierung des Digitalisierungsprogramms erfolgen gemeinsam durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und die Federale IT-Kooperation (FITKO). Hierfür hat der IT-Planungsrat in seiner vergangenen Sitzung am 12.03.2019 ein Programmmanagement als übergeordneten Rahmen beschlossen, das die Beteiligten und deren Rollen beschreibt, die Regeln der Zusammenarbeit und die Aufgaben festlegt sowie Management- und Steuerungsfunktionen definiert.

1.1.1 Digitalisierungsprogramm

An den Zwischenbericht zur 209. IMK anknüpfend wird vermeldet, dass die erste Phase des Digitalisierungsprogramms wie geplant am 31.12.2018 abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse wurden im Januar 2019 an die Federführer der für die OZG-Umsetzung geplanten Themenfelder übergeben. Es liegen Ergebnistypen in Form erster Leuchtturmanwendungen sowie daneben von Piloten, Prototypen, Referenzprozessen und anderen Blaupausen vor. Die erste Phase des Digitalisierungsprogramms stellt damit erste konzeptionelle und methodische Grundlagen für die sich anschließenden Digitalisierungsaufgaben zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bis Ende 2022 zur Verfügung.

1.2. Förderales Informationsmanagement (FIM)

Mit standardisierten Informationen für Verwaltungsleistungen (Leistungsbeschreibungen, Daten- und Prozessinformationen), die für Behörden auf allen föderalen Ebenen direkt nutzbar sind, spielt das Förderale Informationsmanagement (FIM) für die Umsetzung des OZG eine zentrale Rolle.

Der IT-Planungsrat hat sich daher in seiner 26. Sitzung am 28.06.2018 dafür ausgesprochen, die FIM-Methodik durch Bund, Länder und Kommunen bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nach dem OZG zu nutzen.

1.2.1. XÖV-Standards „XProzess“ und „XDatenfelder“

In diesem Zusammenhang hat der IT-Planungsrat jetzt in seiner Sitzung am 12.03.2019 die XÖV-Standards „XProzess“ und „XDatenfelder“ für die verbindliche Nutzung beschlossen.

"XDatenfelder" dient dem standardisierten Austausch von Stamminformationen des FIM-Bausteins "Datenfelder" zwischen den Redaktionssystemen des Bundes und der Länder.

„XProzess“ dient dem standardisierten Austausch (Im- und Export) von Prozesskatalogen, Prozessteckbriefen und Prozessmodellen auf entsprechenden Austauschplattformen beziehungsweise zwischen Prozessmodellierungswerkzeugen.

1.3. Unternehmenskonto

Unternehmen und ihre Verbände fordern einen einzigen Zugang zu digitalen Dienstleistungen der Verwaltung („Single Point of Contact“) und damit ein einheitliches Unternehmenskonto.

Anders als Bürgerinnen und Bürger mit einer Meldeadresse können Unternehmen an mehreren Standorten in Deutschland und international tätig sein und Kontakte mit der jeweils regional zuständigen Verwaltung haben. Unternehmen haben eine deutlich höhere Anzahl von Verwaltungskontakten und unterschiedliche Behörden zu bedienen. Eine einzige Kontaktstelle bietet hohes Potenzial, Verwaltungsprozesse transparenter und einfacher zu gestalten und Bürokratiekosten auf beiden Seiten zu senken.

Der IT-Planungsrat hat die Einrichtung eines Koordinierungsprojekts "Unternehmenskonto/-en" beschlossen, um für Unternehmen eine einheitliche Zugangslösung zur Verwaltung zu erarbeiten. Zur nächsten Sitzung soll ein Vorschlag mit konkreten Anforderungen vorgelegt werden.

1.4. Registermodernisierung

In Deutschland ist die Registerlandschaft dezentral strukturiert. Viele Register sind nicht miteinander verknüpft, weshalb Daten oft nicht dahin übermittelt werden können, wo sie gebraucht werden. Das führt zu einer Mehrfacherfassung von Daten in verschiedenen Registern und als Folge zu Inkonsistenzen.

Moderne Register ermöglichen die nutzerfreundliche Digitalisierung und Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sowie die Anwendung des Once-Only-Prinzips in der öffentlichen Verwaltung.

Mit dem Ziel der Modernisierung der Registerlandschaft für weniger Bürokratie und mehr Verwaltungseffizienz sowie für eine bessere Qualität der Verwaltungsarbeit hat der IT-Planungsrat in seiner Sitzung am 12.03.2019 das Koordinierungsprojekt "Registermodernisierung" eingerichtet. Unter Federführung des Bundes, Hamburgs und Bayerns sowie unter Einbeziehung der KoSIT, des Aufbaustabs Föderale IT-Kooperation (FITKO) und des Bundes-

beauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) erfolgt bis zur 29. Sitzung des IT-Planungsrats im Juni 2019 die Konkretisierung des Projektauftrags.

1.5. Informationssicherheit

Die Gefahren aus dem Cyberraum sind in den letzten Jahren erheblich angestiegen. Eine prosperierende Angriffsindustrie im Internet, bestehend aus staatlichen, aber auch kriminellen Organisationen sowie sonstigen Aktivisten, erfordert eine fortlaufende Anpassung der informationstechnischen Abwehrmaßnahmen der Verwaltungen bei Bund und Ländern. Die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung bei fortschreitender Digitalisierung fordert von den Regierungen von Bund und Ländern bei der Verarbeitung von Bürger- und Unternehmensdaten keine hohen Risiken in den Kernprozessen der öffentlichen Verwaltung einzugehen.

Die vom IT-Planungsrat im Jahr 2013 beschlossene Leitlinie für Informationssicherheit fokussierte im Wesentlichen auf die Initialisierung des Sicherheitsmanagements, also der Institutionalisierung der Sicherheitsorganisation und der Schaffung grundlegender Regelungen und der Erhebung des Arbeitsfeldes. Diese Ziele wurden umgesetzt.

Die jetzt vom IT-Planungsrat beschlossene Fortschreibung der Leitlinie fokussiert nunmehr verstärkt auf die Wirkung von Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere auf die Frage einer lückenlosen Umsetzung von Sicherheitskonzepten und deren Messbarkeit.

Um die Chancen zu nutzen, die sich aus einer stärkeren Vernetzung der IT-Systeme von Bund und Ländern ergeben können, ist es notwendig, alle beteiligten Partner auf ein angemessenes Sicherheitsniveau zu bringen. Das Sicherheitsniveau in einem Verbund wird letztlich vom schwächsten Partner bestimmt.

2 Weitere Projekte und Maßnahmen des IT-Planungsrats

2.1 Bildungs- und Weiterbildungsplattform E-Government

Bildung in der digitalisierten Welt stellt ganz neue Anforderungen an die Entwicklung und Nutzung innovativer Lehr- und Lernangebote. So gibt es auf Länderebene, aber auch interna-

tional, bereits etliche Verbundprojekte und Kooperationen von Hochschulen zur Nutzung von gemeinsamen digitalen Lernplattformen, qualifizierten hochschulübergreifenden digitalen Lehrangeboten und Anerkennungsverfahren von Leistungsnachweisen. Ebenso haben sich bereits unterschiedliche technische Hochschulplattformen und -netzwerke etabliert.

Es besteht daher der Bedarf, eine nachhaltige Bildungs- und Weiterbildungsinfrastruktur auf Hochschulniveau für den öffentlichen Sektor aufzubauen. Es gilt dabei, die Bildungs- und Weiterbildungsanforderungen der öffentlichen Verwaltung mit den vorhandenen Möglichkeiten und Potenzialen der Hochschulen und existierenden technischen Bildungsplattformen zu vernetzen, damit alle Beteiligten hiervon profitieren und sich auf dem Gebiet der dringend erforderlichen Aus- und Weiterbildung mit innovativen und qualitativ anspruchsvollen Konzepten, Methoden und Vorgehensweisen weiterentwickeln können.

Das Land Hessen hat daher dem IT-Planungsrat die Etablierung und Nutzung einer verwaltungsübergreifenden Hochschulplattform „eGovernment - Verwaltungsinformatik“ für die Weiterbildung des Personals im Bereich eGovernment und der Vermittlung der Themen u.a. „OZG“, „Portalverbund“ und „Sicherheit“ vorgeschlagen.

Ziel ist es, gegen Ende 2019 bzw. zum Sommersemester 2020 die ersten E-Government-Bildungsmodule im Pilotprojekt auf der digitalen Hochschulplattform bereitzustellen und sukzessive weiter auszubauen.

Der IT-Planungsrat hat den Vorschlag Hessens begrüßt und um Vorlage eines entsprechenden Konzepts bis zu seiner 29. Sitzung im Juni 2019 gebeten. Bund und Länder wurden aufgerufen, Hessen bei der Konzepterstellung zu unterstützen.

2.2 Blockchain

Unter Leitung der EU-Kommission wird seit dem Jahr 2018 das Thema „Blockchain im Bereich Public Services“ intensiv erörtert. Im Rahmen der European Blockchain Partnership (EBP) werden konkrete Maßnahmen umgesetzt.

Um auch die Aktivitäten des Bundes und der Länder im Hinblick auf den möglichen Einsatz dieser neuen Technologien im Kontext der europäischen Entwicklungen zu koordinieren, hat der IT-Planungsrat in seiner Sitzung am 12.03.2019 das Koordinierungsprojekt "Blockchain"

eingrichtet. Insbesondere sollen dabei die neuen Technologien bewertet, die Entwicklungen auf europäischer Ebene betrachtet sowie ein möglicher nationaler Einsatz begleitet werden.

3 Öffentlichkeitsarbeit des IT-Planungsrats

3.1 Fachkongress 2019

Der diesjährige 7. Fachkongress des IT-Planungsrats fand am 12. und 13.03.2019 in Lübeck, statt. Unter dem Motto "Land hat Zukunft. Digital." hatte das Gastgeberland Schleswig-Holstein eingeladen.

Rund 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, um sich über aktuelle Themen der Verwaltungsdigitalisierung zu informieren und sich auszutauschen. Mehr als 60 Referentinnen und Referenten berichteten in Form von Vorträgen über aktuelle Projekte und Entwicklungen oder diskutierten in Workshops. Schwerpunktthemen waren dabei die Umsetzung des OZG, IT-Sicherheit und Datenschutz, Green-IT, Digitalisierung auf dem Lande und Künstliche Intelligenz (KI).

Der 8. Fachkongress wird am 25. und 26.03.2020 in Halle/Saale, Sachsen-Anhalt, stattfinden.

3.2 Überblick Veranstaltungen 2019

- ✓ Kolloquium „Brauchen wir eine neue Staatskunst?“ am 12./13.2.2019 in Bremen
- ✓ „Digitaler Staat“ des Behördenspiegel am 2./3.4.2019 in Berlin
- ✓ „Fachkongress“ am 12./13.3.2019 in Lübeck
- ✓ „Zukunftskongress“ vom 27. bis 29.5.2019 in Berlin
- E-Government-Kongress des Landes Rheinland-Pfalz am 29.8.2019 in Mainz
- Smart Country Convention des Bitkom vom 22. bis 24.10.2019 in Berlin
- Digitalgipfel der Bundesregierung in Dortmund, Herbst 2019